



**STIFTERVERBAND**

Bildung. Wissenschaft. Innovation.

**Andreas Wirsching**

## **VOM ZUSTAND UNSERER DEMOKRATIE**

Festvortrag auf der Jahresversammlung des Stifterverbandes  
am 27. Juni 2017 in der Frankfurter Paulskirche

Unsere Demokratie ist in keinem guten Zustand – ich fürchte, das ist ein Urteil, über das in vielen Gesprächszirkeln unseres Landes rasche Übereinstimmung zu erzielen ist. Zwar schien es Anfang der 1990er Jahre für einen kurzen Augenblick so, als ob eine organische Verbindung von Freiheit und Frieden, Demokratie und Wohlstand erzielt worden sei. Seitdem aber haben sich überall in den westlichen Demokratien neue/alte Formen nationalistischen, auch antidemokratischen Denkens verbreitet. Ganz offenkundig befinden wir uns in einer Art Kulturkrise; einer historischen Periode, in der bestehende Identitäten kultureller Veränderung ausgesetzt sind, neue Identitäten noch nicht gesichert sind und zu solcher Identitätsunsicherheit mannigfache ökonomische und soziale Statusunsicherheiten sowie konkrete Verlustängste hinzutreten.

Das ist der Stoff, aus dem – wie wir aus der Geschichte leidvoll wissen – politischer Extremismus gemacht wird. Regelmäßig bildeten und bilden Nationalismus, nationaler Protektionismus eine ideologische Rückfallposition. Angesichts der Erfahrung anonymer Kräfte erfolgt der Rückgriff auf überschaubare Einheiten:

- » der Versuch, das „Eigene“ klar festzulegen und sich damit vom Fremden abzugrenzen
- » die Unterteilung der Welt in Gut und Böse
- » in das Normale/Gesunde und das Abnorme/Ungesunde

Wenn nicht alles täuscht, erfolgt dies heute vor dem Hintergrund, dass sich die westlichen Gesellschaften im Zeichen von Liberalisierung und Globalisierung in massiver Weise polarisiert haben; ja dass wir eine neue Form der gesellschaftlichen Spaltung erleben. Gemeint ist damit nicht nur die fortschreitende soziale Ungleichheit, obwohl die Statistik in dieser Hinsicht leider eine deutliche Sprache spricht. Auch sind damit keineswegs nur die sogenannten „Globalisierungsverlierer“ gemeint, also diejenigen, die rein ökonomisch von der Entwicklung abgehängt wurden. Die gibt es auch, kein Zweifel. Was aber viel bedrohlicher ist, ist das, was man einen neuen Extremismus der Mitte bezeichnen kann: respektable Mitglieder der Mittelschicht, ökonomisch gar nicht so schlecht gestellt, die plötzlich rechtspopulistische, nationalprotektionistische Parolen gut finden und zum Angelpunkt einer politischen



**STIFTERVERBAND**

Bildung. Wissenschaft. Innovation.

Haltung machen. Was sich hier abbildet, ist eine kognitive Überlastung durch die moderne komplexe und unübersichtliche Welt. Immer mehr leben wir in einer abstrakten Gesellschaft, mit abstrakt wirkenden Kräften am Werk, die aber für den Einzelnen sehr konkrete Folgen haben können.

In solchen kulturell unklaren Zeiten spitzen sich die durchaus realen Probleme, die der Demokratie seit ihrer historischen Begründung innewohnen, notwendig zu.

- » die durchaus unvermeidlichen Kosten der politischen Freiheit
- » die Probleme der politischen Willensbildung in großen Flächenstaaten, das heißt in der repräsentativen Demokratie
- » die Schwerfälligkeit demokratisch getroffener Entscheidungen
- » das Verhältnis von Amts- und Mandatsträgern zur Stimmbürgerschaft
- » die Vielstimmigkeit, das Stimmengewirr, ja die politische Kakophonie in der Öffentlichkeit
- » die soziale und ökonomische Ungleichheit auf dem Markt

Alle diese Phänomene bestätigen Ernst Rudolf Böckenfördes klassische Diagnose, nach welcher der freiheitliche, säkularisierte Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann. Und alle diese Phänomene werden nun noch weiter aufgeladen durch die reine Kraft des Vorurteils und des Ressentiments.

Solche Ressentiments lauten:

- » unsere repräsentative Demokratie ist in Wahrheit gar keine Demokratie, weil in ihr das „wahre Volk“ nicht vertreten ist
- » die Demokratie ist unfähig zu klaren Entscheidungen und Positionen, Konzepte werden zerredet
- » die Regierenden haben sich entfernt von den Bürgern; was sie leitet sind nicht die Interessen der Bürger, sondern nur noch die eigene Macht und das eigene materielle Interesse – bis hin zur Korruption
- » die Demokratie ist nicht in der Lage, den Kapitalismus zu bändigen; sie fördert daher die soziale Ungleichheit, die der freie Markt erzeugt.
- » Angesichts des Stimmengewirrs in der Öffentlichkeit möchte man niemandem mehr glauben als sich selbst. Eine allgemeinverbindliche, intersubjektiv vermittelbare Wahrheit gibt es nicht. Lüge und Wahrheit sind nicht mehr unterscheidbar, oder das, was Politiker und ernsthafte Medien verbreiten, wird ohnehin gleich als Lüge bezeichnet.

Das sind nur einige Aspekte, aus denen sich heute die krisenhafte Wahrnehmung unserer Demokratie speist, und viele weitere wären zu nennen. Sie geben Anlass, über das Volk in der Demokratie nachzudenken und nach den Gründen zu fragen, warum sich ein nicht unbeträchtlicher Teil der



STIFTERVERBAND

Bildung. Wissenschaft. Innovation.

Stimmbürgerschaft von der Realität unserer Demokratie abwendet und ihren Vertretern teilweise sogar offenen Hass entgegenbringt. Aber die Krise nur aus der Irrationalität der Bürger zu erklären, wäre denn doch zu einfach. Vielmehr werfen die gegenwärtigen Zustände auch wichtige, ganz grundsätzliche Fragen auf, die sich an das politische Establishment selbst richten. Und wenn man sie durchdenkt, dann drängen sich fast zwangsläufig einige aus der Geschichte durchaus bekannte und im Grunde recht einfache Einsichten auf: Sie lassen sich in dem Dreiklang *Verantwortung*, *Gestaltung* und *Glaubwürdigkeit* fassen. Alle drei Begriffe hängen eng miteinander zusammen und bilden fast so etwas wie eine aristotelische Tugendlehre. Jedenfalls begründen sie die Möglichkeit einer überzeugenden politischen Führung – im besten Sinne des Wortes. Und wann täte politische Führung mehr not als in Zeiten wie den heutigen, da traditionelle Gewissheiten wegbrechen und neue Gewissheiten noch nicht oder höchstens in Umrissen erkennbar sind? Umgekehrt erleben wir in diesen Tagen, welch immensen Schaden eine dilettantische und unwahrhaftige politische Führung der Demokratie zufügen kann.

Ich möchte zwei Elemente hervorheben, denen sich demokratische Politiker, die Verantwortung, Gestaltung und Glaubwürdigkeit auf ihre Fahnen schreiben, verpflichtet fühlen sollten – so schwer das in der politischen Praxis – das dürfen wir nicht unterschätzen – auch ist. Diese beiden Elemente lauten: Aufrichtige Kommunikation und Mut zur Entscheidung.

*Erstens also: aufrichtige Kommunikation.* Dass jemand sagt, was er meint, und tut, was er sagt, erzeugt nicht nur im Privaten Vertrauen. Gerade auch im öffentlichen Bereich, das heißt unter den Bedingungen des politischen Streits, ist die Kohärenz von Meinen, Sagen und Tun am Ende wichtiger als der Konsens um jeden Preis oder das Streben nach einer guten Presse. Eine nun schon jahrzehntealte Kritik richtet sich denn auch auf die sogenannte Medialisierung oder sogar die Mediatisierung der Politik: gegen das Agieren von Berufspolitikern, die in der Öffentlichkeit gezwungen sind, glatte, gestanzte Formeln zu verwenden, um nicht angreifbar zu sein und damit immer ununterscheidbarer werden. Nun gehören öffentlich-agonale und auch theatralische Elemente zur demokratisch-pluralistischen Politik von deren Anfängen an dazu. Insofern müssen wir hier realistisch sein. Aber wenn in der Öffentlichkeit dauerhaft etwas anderes gesagt wird, als was in Regierungsbüros und Fraktionssälen für wahr und richtig gehalten wird, wenn die Wahrheit verschleiert wird, weil sie unbequem oder umstritten ist, dann hat die Demokratie ein Problem.

In einer Zeit, in der viel von Fake-News die Rede ist, von einem postfaktischen Zeitalter, das sich in ideologischen Echokammern im Internet austobt – in einer solchen Zeit ist das überzeugende Reden über politische Inhalte von essentieller Bedeutung. Politischen Amtsträgern wie Parlamentariern, den



STIFTERVERBAND

Bildung. Wissenschaft. Innovation.

Medien wie den Stichwortgebern der Zivilgesellschaft stellt sich die Aufgabe, ihre Handlungen und Wortmeldungen darauf zu überprüfen, ob sie sich an einem Mindestmaß an politischer Vernunft messen lassen können. Dazu gehört die Notwendigkeit, auch unbequeme, aber als wahr und richtig erkannte politische Inhalte konsequent zu vertreten – ohne Blick auf Umfragen und ohne Rücksichten auf Presse und Parteitaktik. Denn überzeugen und in einem landläufigen Sinne erfolgreich sein können am Ende nur die Politikerinnen und Politiker, die persönlich für etwas einstehen, was in der Sache durchaus umstritten ist, von einer meist knappen Mehrheit aber als der richtige Weg erkannt oder zumindest gebilligt wird.

In dieser Beziehung ist die Bilanz unserer deutschen Nachkriegsdemokratie gar nicht schlecht, und es fehlt keineswegs an Vorbildern. Konrad Adenauers Politik der Westbindung, Willy Brandts Ostpolitik, Helmut Schmidts kompromissloses Einstehen gegen den Terrorismus der RAF, Helmut Kohls bedingungsloses Festhalten am NATO-Doppelbeschluss, Gerhard Schröders Agenda 2010 sowie Angela Merkels Bekenntnis zur Europäischen Union – alles dies sind Beispiele für die Übernahme von politischer Verantwortung im Angesicht großer Widerstände und zugleich eingebettet in eine politisch vernünftige, im Kern wahrhaftige Kommunikation.

Zur Übernahme von Verantwortung in der Politik und erst recht von politischer Führung, gehört also auch der *Mut zur Entscheidung, was mich zu meinem zweiten Stichwort* bringt. Zu diesem Mut gehört es, letzte Entscheidungen nicht zu delegieren und informellen Gremien und Zirkeln zu überlassen. Die sogenannte „Informalisierung“ der Politik ist neben der Medialisierung ebenfalls ein beliebter Forschungsgegenstand. Das beginnt mit Parteizirkeln und Koalitionsrunden und endet damit, dass informelle Adhoc-Gremien und Expertenrunden die eigentlichen Entscheidungen vorbereiten. Demokratisch legitimierte Körperschaften verlieren damit an Bedeutung. Das gewählte Parlament droht zum bloßen Notar der Gesetzgebung und der informell erweiterten Exekutive zu werden.

Diese Prozesse sind hunderte Male beschrieben und analysiert worden. Und man würde es sich viel zu einfach machen, schriebe man entsprechend negative Folgen einfach dem Versagen der Politiker zu. Tatsächlich bildet sich ja im modernen demokratischen Rechtsstaat mit seinen eng kodifizierten Verfahren die immer weiter steigende Komplexität unserer modernen Welt und unserer Gesellschaften ab. Auch das Regieren, Repräsentieren und politische Entscheiden ist unübersichtlicher und schwieriger geworden. In einer parlamentarischen Demokratie wie der unsrigen, in der es viele Mit- und auch Vetospieler gibt, ist daher ein gewisses Maß an informellen Entscheidungsfindungen unvermeidlich. Informelle Gremien reduzieren die Komplexität, indem sie das Vertrauen der wenigen, nicht unmittelbar rechtlich



STIFTERVERBAND

Bildung. Wissenschaft. Innovation.

gebundenen Akteure erzeugen; und sie verringern damit die Unwägbarkeit und Unsicherheit politischer Prozesse und politischer Entscheidungen.

Ob damit aber auch immer eine Optimierung der Entscheidungen erzielt wird? Das ist sehr zweifelhaft. Im Gegenteil, auch wenn es unangenehm ist, ja riskant erscheint: Amts- und Mandatsträger müssen wieder mehr Mut haben, rechtlich und inhaltlich komplexe, schwierige, aber drängende Fragen *selbst* zu entscheiden – und dafür auch die politische Verantwortung zu übernehmen. Die Berechenbarkeit der eigenen, individuellen politischen Zukunft mag damit sinken, aber zugleich steigt die Chance auf politische Gestaltung und auf persönliche Glaubwürdigkeit.

Verabschieden sollten wir uns daher auch von der Vorstellung, man könnte politisch und fiskalisch unbequeme Entscheidungen umgehen, indem man sie an den Markt delegiert. Auch in Deutschland hat das neoliberale Credo, wonach es nichts Besseres gebe als den Markt, viel zu lange als politisches Feigenblatt fungiert. Natürlich war die Versuchung groß, immer weitere Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge dem Markt und seinen Privatinteressen zu überlassen. Das reduzierte für Amts- und Mandatsträger den Zwang, politisch *entscheiden* und zu einer akzeptierten Lösung kommen zu müssen. Im Bewusstsein des Einklangs mit der Hegemonie ökonomischer Lehrmeinungen ließ sich damit in den 1990er und frühen 2000er Jahren ganz gut leben. Die letztlich ideologische Vorstellung vom für alle Zwecke immer guten Markt entlastete die demokratische Politik von schwierigen, komplexen Steuerungsaufgaben. Dem Ansehen ihrer Repräsentanten hat dies allerdings geschadet.

Der Unwille, für politisch unbequeme Entscheidungen einzustehen, ist mitverantwortlich für den schädlichen Rückzug des demokratischen Staates aus Kernbereichen der Daseinsvorsorge. Das betrifft das Gesundheits- wie das Bildungswesen, die Energiewirtschaft wie den Verkehr, aber auch die innere und äußere Sicherheit. In allen diesen Bereichen hat der Staat an Handlungsfähigkeit eingebüßt. Nichts aber ist gefährlicher für die Demokratie, wenn sie den Eindruck erweckt, sie sei nicht leistungsfähig und könne die Probleme einer Gesellschaft nicht lösen.

Wahrhaftige Kommunikation und Mut zur Entscheidung: Unter den Bedingungen des gesellschaftlichen Pluralismus und der Zumutungen durch die Öffentlichkeit kann dies in der Politik unendlich schwer sein, das sollten wir nicht vergessen. Aber trotzdem ist politische Führung in diesem Sinne ein Leitziel. Denn in dem Maße, in dem in ihr Verantwortung, Gestaltung und Glaubwürdigkeit zusammenfallen, wird die Demokratie akzeptiert werden; nicht als Modus, die beste aller Welten herzustellen – dass dies nicht möglich ist, wissen die Menschen durchaus. Aber sie wird akzeptiert werden als die dauerhafte und meist so mühsame Anstrengung, die bestmögliche der uns bekannten Welten zu bewahren und weiterzuentwickeln.